

# Auswertung kleine Anfrage

## Altersarmut in Niedersachsen und Deutschland

Kontaktmöglichkeiten	
Drucksachennummer <a href="#">20/5233</a>	Felix Schulz, 0160 933 53578 heidi.reichinnek.ma02@bundestag.de

Pressefotos: [Presseportal](#)

### Auswertung

*Niedersachsen: HAZ, Karl Doeleke (exklusiv)*

*Bund: RND, Jan Emendörfer (exklusiv)*

*Bitte jeweils nur die entsprechenden Werte und O-Töne für Land bzw. Bund nutzen. Danke!*

### Kurzfassung

#### Niedersachsen

- Im Jahr 2021 erhielten 30% (321.347) der Rentnerinnen und Rentner, die mehr als 40 Jahre in die Rentenkasse einzahlten (Gesamtbestand 1 Mio), Renten von unter 1.200€. Fast ein Drittel erhält also trotz Beitragszahlung durch rund ein Erwerbsleben keine armutsfeste Rente. Bei 400.000 Beitragszahlern mit über 45 Jahren Einzahlung müssen 100.000 Menschen mit weniger als 1.200€ leben, also ein Viertel (!). Das zeigt: Die Rente sichert auch bei langen Beitragszeiten den Lebensstandard im Alter nicht mehr ab. "Respekt für dich" ist eine Lüge.
- Im Bestand sind Frauen mit am Weitesten von einer armutsfesten Altersrente entfernt, der durchschnittliche Zahlbetrag liegt hier bei 741€.
- Die Altersarmut hat sich dramatisch entwickelt. Fast jeder 5. Altersrentner (18,4%) verfügt über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Besonders dramatisch: liegt der Bevölkerungsdurchschnitt bei 16,8%, liegt er bei Frauen über 65 Jahren bei 20,2% - also mehr als jede 5. Rentnerin.
- Auf einen Rentner kommen im Jahr 2021 1,7 pflichtversicherte Niedersachsen.
- Die Zahl geringfügig Beschäftigter wuchs in den letzten 2 Jahren wieder signifikant.
- Rund 9/10 Personen ab 65 Jahren beziehen Alterssicherungsleistungen (1.611.185, 89,2%).
- Zwischen 2012 und 2021 ist der Empfängerkreis für Grundsicherung im Alter um 30,8% gewachsen.

- Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Grundsicherung sind überproportional angestiegen, weil immer mehr Menschen auf immer höhere Leistungen angewiesen sind.

## Bund

- Im Bestand sind Frauen mit am weitesten von einer armutsfesten Altersrente entfernt, der durchschnittliche Zahlbetrag liegt hier bei 832€.
- Die Altersarmut hat sich dramatisch entwickelt. Fast jeder 5. Altersrentner (17,9%) verfügt über ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Besonders dramatisch: liegt der Bevölkerungsdurchschnitt bei 16,6%, liegt er bei Frauen über 65 Jahren bei 19,3%.
- Auf einen Rentner kommen im Jahr 2021 1,72 pflichtversicherte Deutsche.
- Die Zahl geringfügig Beschäftigter wuchs in den letzten 2 Jahren wieder signifikant.
- Rund 9/10 Personen ab 65 Jahren beziehen Alterssicherungsleistungen (16.681.918 gesamt, entspricht 90,5%).
- Die Pro-Kopf-Ausgaben für die Grundsicherung sind überproportional angestiegen, weil immer mehr Menschen auf immer höhere Leistungen angewiesen sind. Die Quote der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in der Altersgruppe der 20-bis unter 65-Jährigen betrug 66,8 Prozent, während 49,4 Prozent der 60- bis unter 65-Jährigen sozialversicherungspflichtig tätig waren. Im Gegensatz dazu sind 7,9 Prozent der 60-RAG-altrigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Im Alter einen Job finden: schwierig.

## Langfassung

Altersarmut resultiert oft aus einer unzureichenden Absicherung während des Erwerbslebens und führt zu einer Verschlechterung der Lebensqualität im Alter. Nach Angaben des statistischen Landesamtes in Niedersachsen liegt die Gefahr, in Altersarmut zu geraten, im Jahre 2021 deutlich über dem Landesdurchschnitt einer Armutsgefährdung (<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/134159/Gefahr-von-Altersarmut-nimmt-inNiedersachsen-zu>).

1. Zum Stichtag 31.12.2021 erhielten 30% (321.347) der Rentnerinnen und Rentner in Niedersachsen, die mehr als 40 Jahre in die Rentenkasse einzahlten (gesamt 1 Mio), Renten von unter 1.200€. **Fast ein Drittel erhält also trotz Beitragszahlung durch rund ein Erwerbsleben keine armutsfeste Rente.**
2. Die Altersrentenzahlbeträge legen dar, dass in den letzten 10 Jahren Bestand hatte, das **Frauen rund 500 Euro weniger Rentenleistung** in Anspruch nehmen können als Männer. Hierfür gibt es eine Vielzahl an Gründen. Der Gender Pay Gap spielt hier ebenso hinein wie Erwerbszeitunterbrechungen durch Elternzeit sowie die Übernahme von Sorgearbeit. Wir reden hier auch vom Durchschnitt, also sind traditionelle Rollenbilder, wie sie insbesondere in Westdeutschland ausgeprägt waren, signifikant. Das erklärt auch das schlechtere Abschneiden Niedersachsens im Gesamtvergleich, der die neuen Länder mit berücksichtigt.

---

<sup>1</sup> Siehe Frage Nr. 4: 321.347 Beitragszahler mit Rente unter 1.200€, Gesamtzahl Rentempfänger mit mehr als 40 Jahren Beitragszeit 1.038.164, entspricht 30,95%

## Altersrentenzahlbeträge im Bestand 2012/2021

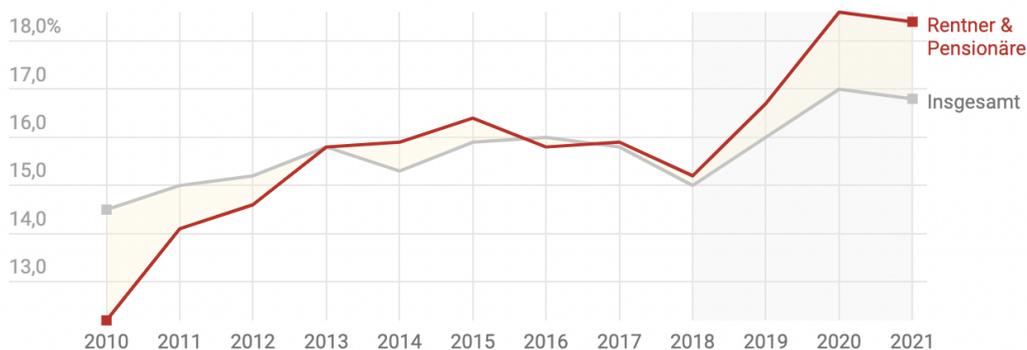


Chart: Heidi Reichinnek, MdB • Source: Deutsche Rentenversicherung DRV • [Get the data](#) • Created with [Datawrapper](#)

- Männer, die erstmals 2021 eine Altersrente bezogen, liegen rund 100€ (NDS: 30€) unter dem Altersrentenzahlbestand. Ihnen geht es also deutlich - trotz, und das ist die wichtige Kennzahl, gesteigerter Produktivkraft in der Volkswirtschaft - schlechter als den vorangegangenen Rentnern. Bei Frauen ist hier eine Trendwende zu beobachten: Neuzugänge erhalten höhere Zahlbeträge als der Bestand. Dies erklären wir uns mit einem veränderten Rollenbild der Frau im Bundesgebiet, insbesondere den alten Ländern, in den letzten Jahrzehnten.
- Die **Armutsrisikoquote** von Rentnern<sup>2</sup> liegt über dem Durchschnitt. Lag sie in Niedersachsen im Jahr 2010 noch bei 13,1 (Bund: 12,6) Prozent, hat sie sich bis 2021 stark negativ entwickelt - auf 18,4 (Bund: 17,9) Prozent. Statistisch signifikante Abweichungen zur durchschnittlichen Armutsrisikoquote in der Bevölkerung treten um das Jahr 2018 auf. Hier beginnt eine Trendwende in der Disparität.

## Armutsrisikoquote in Niedersachsen nach Mikrozensus

Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.



Grafik: Heidi Reichinnek, MdB • Quelle: Statistisches Bundesamt • [Daten herunterladen](#) • Erstellt mit [Datawrapper](#)

<sup>2</sup> Nichterwerbspersonen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente bzw. Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus einer Hinterbliebenenrente, -pension.

**Besonders stark betroffen sind Frauen über 65 Jahre**, deren Armutsrisikoquote durchweg höher liegt als im Bevölkerungsschnitt. Die Armutsrisikoquote in NDS liegt hier bei 20,2%, im Bund bei 19,3%. Die Rentenzahlbeträge sind ebenfalls signifikant niedriger, bei der Berechnung der Armutsrisikoquote werden allerdings noch Witwen- und Hinterbliebenenrente sowie andere Einkommen aufgerechnet.

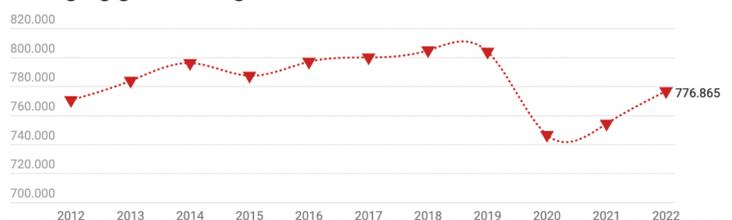
- Das **Verhältnis von Rentnern zu Pflichtversicherten** hat sich über den Berichtszeitraum (2012-2021) im Bundesgebiet von 1,55 zu 1,72 und in Niedersachsen von 1,53 zu 1,70 verbessert. (Quelle: DRV) Über einen Zeitraum von 9 Jahren ist also eine Entwicklung zu beobachten, nach der eine Person 0,2 Rentner weniger finanzieren muss. Mit dem kommenden Renteneintrittsalter der Alterskohorte der sog. Babyboomer ist hier eine **signifikante Trendwende in den nächsten Jahren** zu erwarten.
- Die **Zahl geringfügig Beschäftigter** stieg im Bund und in NDS zwischen 2012 und 2019 konstant an. 2020 fielen die Zahlen stark, was wir auf die Corona-Pandemie zurückführen würden; seither ist ein konstanter Aufwärtstrend zu beobachten. Auch dies würde eine Korrelation zur Pandemie bekräftigen. Nach Auswertungen der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit waren im Juni 2022 (als Jahreswert wird der Juni-Wert ausgewiesen) von rund 7,33 Millionen geringfügig entlohnt Beschäftigten mit Wohnort in Deutschland rund 1,46 Millionen rentenversicherungspflichtig beschäftigt („Voller Beitrag“). Der Anteil in Niedersachsen ist mit 20,6 Prozent nur geringfügig höher. Dh. rund ein Fünftel aller geringfügig Beschäftigten zahlen vollen Beitrag. Geringfügig entlohnt Beschäftigte mit einem Minijob sichern sich nur dann einen Anspruch auf Erwerbsminderung, Reha-Leistungen und auf eine Altersrente, wenn sie (im gewerblichen Bereich) den Pauschalbetrag ihres Chefs oder ihrer Chefin selbst um den Eigenanteil von 3,6 Prozent zur Rentenversicherung ergänzen, sich also nicht von der Rentenversicherungspflicht befreien lassen.

*„Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“*

Ehem. Bundeskanzler  
Gerhard Schröder über  
die Hartz-IV Reformen

2005, Weltwirtschaftsforum

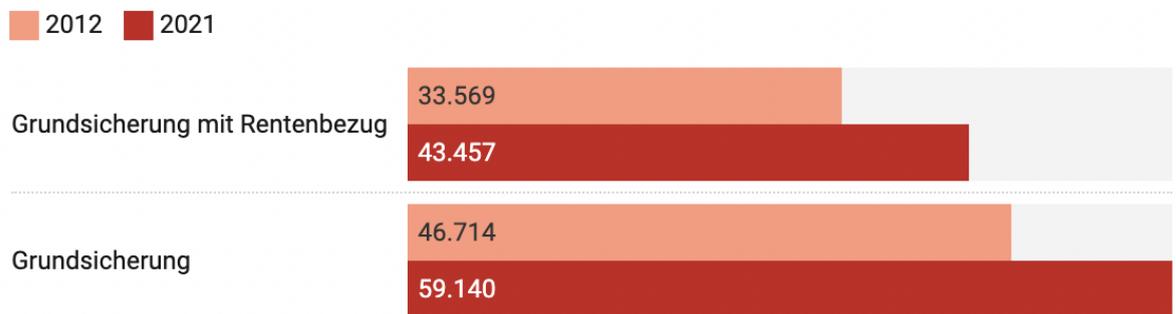
**Geringfügig Beschäftigte in Niedersachsen**



Grafik: Heidi Reichinnek, MdB • Quelle: Bundesagentur für Arbeit auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag • [Daten herunterladen](#) • Erstellt mit [Datawrapper](#)

- Die Anzahl von Personen im Empfängerkreis **Grundsicherung im Alter stieg in Niedersachsen** von 2012 bis 2021 um **30,8%**. In Niedersachsen bezogen im Jahr 2012 95.299 Menschen Grundsicherung. Dabei hielten sich Grundsicherung im Alter (46.714) und Erwerbsminderung (48.585) die Waage. 2021 bezogen bereits 120.245 diese Leistung, darunter 59.140 Grundsicherung im Alter, 61.100 wegen Erwerbsminderung.

## Grundsicherungsempfänger ab Regelaltersgrenze in Niedersachsen



Grafik: Heidi Reichinnek, MdB • Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag • [Daten herunterladen](#) • Erstellt mit [Datawrapper](#)

Das entspricht im einem Anstieg von 0,5% im Verhältnis Grundsicherungsempfänger im Alter zu Altersrentnern (nur Inlandsrenten) in diesem Zeitraum. Besonders dramatisch wird es allerdings mit Blick auf Grundsicherungsfälle bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug: hier ist der Prozentsatz von Grundsicherungsfällen von 10,1 auf 13,8%, also um 2,7% gestiegen.

8. Bleiben wir bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Hier wird es auch für den Bund wieder interessant. Die Ausgaben stiegen zwischen 2012 und 2021 dramatisch an: schlugen 2012 noch Nettoausgaben von 4.696.644.000 (NDS: 500.850.000) Euro zu buche, waren es 2021 bereits 8.129.774.000 (NDS: 853.229.000) Euro. Das entspricht einem Anstieg von 73,1 % (NDS: 70,36 %)! Das ist mit dem Anstieg der Sozialhilfeempfänger im gleichen Zeitraum nicht zu erklären, der wesentlich geringer liegt. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die **Pro-Kopf-Ausgaben überproportional angestiegen und damit immer mehr alte und dauerhaft kranke Menschen auf immer höhere Sozialhilfesätze angewiesen sind.**
9. **Wohngeld.** Die Wohngelderhöhung 2020 hat die Zahl berechtigter Rentner in Niedersachsen um 26,71 % steigen lassen (Bund: 28,15 %) und sie damit auf den höchsten Stand jemals gebracht (Bund: seit 2016). Immer mehr Rentner sind darauf angewiesen, in Niedersachsen wie im Bund. Bundesweit machen die Rentnerinnen und Rentner knapp die Hälfte aller Wohngeldhaushalte aus. Der Wohngeldbetrag wird sich 2023 durch die Wohngeldreform voraussichtlich um durchschnittlich rund 190 Euro pro Monat erhöhen. Das bedeutet mehr als eine Verdoppelung des bisherigen Wohngeldes. Es steigt von durchschnittlich rund 180 Euro pro Monat (ohne Reform) auf rund 370 Euro pro Monat.
10. Riester. Zum Stichtag 15. Mai 2022 erhielten für das Beitragsjahr 2019 in Niedersachsen rund 1.009.000 Personen eine Altersvorsorgezulage über die Riester-Rente. Davon erhielt **nur die Hälfte (!)** (51%, rund 512.000 Personen) die **volle Riesterzulage** und sorgen damit im Sinne des Drei-Schichten-Modells fürs Alter vor. [Das System ist gescheitert.](#)

Eastereggs, Fun Facts etc.

- In den Antworten auf Frage 16 (Tabellenanhang) sind sämtliche Tabellen mit "Nordrhein-Westfalen" betitelt, im Tabellenkörper ist allerdings von Niedersachsen die Rede.
- Besonders lustig ist die Analyse der BReg zu geringen Renten: "Der Alterssicherungsbericht der Bundesregierung zeigt, dass bei einer Durchschnittsbetrachtung ein geringer Rentenbetrag mit vergleichsweise hohem Gesamteinkommen einhergeht", also zu Deutsch: wer zu wenig Rente hat, hat trotzdem voll viel Geld. (Seite 3)

—

O-Töne

Niedersachsen

**Landesvorsitzende DIE LINKE. Niedersachsen & seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Heidi Reichinnek, MdB:**

"Niemand soll im Alter von weniger als 1.200 Euro netto leben müssen. Fast ein Drittel aller Rentner in Niedersachsen erhält trotz Beitragszahlung von mehr als 40 Jahren aber weniger als 1.200 Euro Rente. Das ist Systemversagen. Mehr und mehr Rentner sind im Alter auf Grundsicherung angewiesen, denn seit 2018 ist die Zahl der Rentner in Armut explodiert. Fast jeder Fünfte ist statistisch gesehen arm.

Besonders hart trifft es im Alter Frauen. Im Durchschnitt erhalten Frauen im Land 741 Euro Rente - das ist deutlich schlechter als im Bundesdurchschnitt. Der Altersarmut von Frauen muss mit der besseren Bezahlung und Entlastung der Sozial- und Erziehungsberufe und der Pflege begegnet werden. Auch Tarifkämpfe finden immer unsere volle Unterstützung.

In den Großstädten explodieren die Mieten, die sich viele Menschen im Alter nicht mehr leisten können. Mehr und mehr Rentner sind daher auf Wohngeld angewiesen oder müssen ihren Wohnsitz verlassen. Diese Verdrängung bestärkt die Vereinsamung der älteren Generationen. Die Inflation und gestiegenen Energiepreise fressen immer mehr von den mageren Renten auf. Das kann in einem der reichsten Länder der Welt nicht unser Anspruch sein.

Darum brauchen wir eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von aktuell 1.200 Euro netto. Was in Österreich mit drei armutsfesten Mindestrenten, gestaffelt nach Beitragsjahren zwischen 1200 und deutlich über 1500 Euro gelingt, sollte

auch in Deutschland möglich sein, denn: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und Artikel 1 unseres Grundgesetzes muss selbstverständlich auch für Rentner gelten.

Als LINKE wollen wir ein Rentensystem, in das alle einzahlen: auch Selbstständige, Beamte. und Politiker.“

Bund

**Seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Heidi Reichinnek, MdB:**

“Fast jeder 5. Altersrentner lebt in Armut. Insbesondere Frauen sind stark betroffen: der durchschnittliche Zahlbetrag liegt hier bei 832€. Der Altersarmut von Frauen muss mit der besseren Bezahlung und Entlastung der Sozial- und Erziehungsberufe und der Pflege begegnet werden. Auch Tarfkämpfe finden immer unsere volle Unterstützung.

In den Großstädten explodieren die Mieten, die sich viele Menschen im Alter nicht mehr leisten können. Mehr und mehr Rentner sind daher auf Wohngeld angewiesen oder müssen ihren Wohnsitz verlassen. Diese Verdrängung bestärkt die Vereinsamung der älteren Generationen. Die Inflation und gestiegenen Energiepreise fressen immer mehr von den mageren Renten auf. Das kann in einem der reichsten Länder der Welt nicht unser Anspruch sein.

Niemand soll im Alter von weniger als 1.200 Euro netto leben müssen. Darum brauchen wir eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von aktuell 1.200 Euro netto. Was in Österreich mit drei armutsfesten Mindestrenten, gestaffelt nach Beitragsjahren zwischen 1200 und deutlich über 1500 Euro gelingt, sollte auch in Deutschland möglich sein, denn: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und Artikel 1 unseres Grundgesetzes muss selbstverständlich auch für Rentnerinnen und Rentner gelten.

Als LINKE wollen wir ein Rentensystem, in das alle einzahlen: auch Selbstständige, Beamte. und Politiker.“